Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 10 — Sonnabend, den 5. Februar 1927. — 40. Jahrgang.

Erklärung der neuen Regierung.

Das Kabinett vor dem Reichstag.

s. Berlin, 3. Februar.

Um das Reichstagsgebäude und besonders an den Eingängen drängte sich eine ziemliche Menge Publikum. Ob die Neugierigen hofften, recht bald etwas von der drinnen vor sich gehenden Regierungserklärung zu erfahren, oder ob sie einfach bewundern wollten, wie die in Kompagniestärke aufmarschierten Photographen die anfahrenden neuen Minister abknipsten, ließ sich nicht feststellen. Im Sitzungssaale selbst schien das Interesse in keiner Beziehung so groß zu sein. Viel leere Bänke, namentlich auf der rechten Seite, wohl verursacht durch die gerade vor sich gehende große landwirtschaftliche Woche. Die Ministerbank ist natürlich vollzählig, andere Gesichter statt der verschwundenen, viel Gefolge von Sekretären, Räten der verschiedensten Ordnung, Landesministern usw. Beim Beginn der Rede des Kanzlers befinden sich fast mehr Menschen auf den Tribünen und in den Diplomatenlogen als unten im Saal. Einiges Geplänkel der Kommunisten, dann der gleichmäßig eine Stunde dahinfließende Vortrag des Kanzlers, der allerlei Bemerkenswertes, kaum aber etwas absolut Neues brachte. Fast zuviel der Worte — die Stimme des Reichskanzlers zum Schluß merklich erschöpft. Zwischendurch einige Ordnungsrufe an die mit lärmenden Zurufen nicht sparenden Kommunisten. Ein großes „Ah“ ging lediglich durch das Haus, als Marx betonte, die jetzige Regierung werde die dargelegten Richtlinien streng befolgen, wenn auch einige der stützenden Parteien früher vielleicht anderer Meinung gewesen seien. Als der Kanzler seine Papiere zusammengepackt hatte, wurden die eingegangenen Mißtrauensanträge verlesen — besonders derjenige der Demokraten schien Aufsehen zu erregen. Dann bestieg der sozialistische Führer Müller-Franken das Podium und eröffnet den Reigen der Diskussionsredner, unter denen der ihm folgende Graf Westarp von den Deutschnationalen die größte Aufmerksamkeit im Hause fand.

*

Sitzung bericht.

(262. Sitzung.) CB. Berlin, 3. Februar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung und verliest die amtliche Ministerliste. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Abg. Rädel (Komm.) die Behandlung der kommunistischen Interpellation über die Wohnungsnot und den Achtstundentag. Abg. Torgler (Komm.) fordert Behandlung der Konkordatsfrage. Eine Verbindung dieser Fragen mit der Regierungserklärung ist unzulässig.

Reichskanzler Dr. Marx:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, ist sich einig, daß die Grundlage unserer Politik, die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar gegründeten republikanischen Staatsform, auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll. Sie wird entsprechend der feierlichen Erklärung des Herrn Reichspräsidenten in dem an mich gerichteten Briefe vom 20. Januar, daß die neue Reichsregierung getreu der

geltenden Weimarer Verfassung

für das Wohl des Vaterlandes arbeiten solle, ihr gesamtes politisches Handeln einstellen. So soll es auch bleiben. Es ist der feste Wille der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihrer Organe und ihrer Reichsfarben, wie sie in Artikel 3 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten. Die Reichsverfassung ist durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommen. Es ist daher auch die selbstverständliche Auffassung aller in der gegenwärtigen Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen dieses hohen Hauses, daß Abänderungen von Einzelheiten der bestehenden Verfassung auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege vorgenommen werden müssen.

Jeden Versuch gewaltsamer oder sonst ungesetzlicher Abänderung wird die Reichsregierung als Hochverrat ahnden. Insbesondere wird sie auch gegen alle Vereinigungen, die den rechtswidrigen und gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken, vorgehen. Wie sie von allen Deutschen Achtung der Reichsverfassung verlangt, so gilt diese Treupflicht — selbstverständlich unter Wahrung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts auf freie Meinungsäußerung — vor allem für die Beamten. Diesen ist die Beteiligung an den vorgenannten Vereinen und Bestrebungen zu verbieten. Der tatkräftige Schutz der Weimarer Verfassung schließt keineswegs aus, der großen Vergangenheit Deutschlands mit Achtung zu gedenken.

Nach der einmütigen Auffassung der Reichsregierung soll auch der Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung und Ehre gezollt werden. Wenn uns in diesem Zusammenhang ein weiterer Blick in die Vergangenheit gestattet sei, so sehen wir, daß unsere ganze heute bestehende Kultur auf christlicher Grundlage erwachsen ist. Aus diesem Mutterboden heraus muß sich der Geist des deutschen Volkstums immer wieder erneuern. Solche Gedankengänge werden ihre Auswirkung finden bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen

Reichsschulgesetz.

Die Grundlage dieses Gesetzes ist die Reichsverfassung. Nach deren Wortlaut und Sinn müssen die Freiheit des Gewissens und die Rechte der Eltern gewahrt und die Erteilung des Religionsunterrichts in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft, unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates, gesichert werden. Auch ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der in Art. 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten zu sorgen. Der Reichskanzler betont wiederholt die verantwortungsvolle Stellung der Beamten gegenüber der Verfassung und sagt dann zur

Finanzlage des Reiches,

es sei im vergangenen Jahre das Ziel der Reichsregierung gewesen, die Arbeit der Wirtschaft am Wiederaufbau Deutschlands zu fördern, ohne daß die Grundsätze einer gesunden Finanzgebarung zurückgestellt zu werden brauchten. Auch in Zukunft wird es das Bestreben der Reichsregierung bleiben, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen seinen Schichten mit denen der öffentlichen Wirtschaft in Einklang zu halten. Freilich bedarf es dazu äußerster Sorgfalt, um nicht gegenüber den vorhandenen Einnahmemöglichkeiten in Schwierigkeiten zu kommen. Der Herr Reichsminister der Finanzen wird Gelegenheit nehmen, bei der ersten Lesung des Haushaltsplans 1927 auf die hiermit im Zusammenhang stehenden Probleme näher einzugehen. In den Rahmen der allgemeinen Finanzlage wird auch das

Problem des Finanzausgleichs

einzufügen sein, das eine innenpolitische Frage von hervorragender Bedeutung darstellt. Dem Hohen Hause liegt der Entwurf eines Gesetzes über einen provisorischen Finanzausgleich vor, dessen baldige Verabschiedung dringend erwünscht erscheint. Darüber hinaus wird es das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Übereinstimmung mit den Ländern über die Gesamtheit des Finanzausgleichproblems möglichst bald herbeizuführen.

Der Wehrmacht

wird die Reichsregierung ihre besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmen. Sie wird mit größtem Nachdruck bemüht sein, das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Wehrmacht in allen Schichten und in allen Parteien zu festigen.

Das Heer muß dem politischen Kampf ein- für allemal entzogen werden. Das von mir an dieser Stelle am 16. Dezember 1926 entwickelte Programm einer endgültigen Lösung der Reichswehr von aller Politik wird, ohne Einschränkung zur Ausführung gebracht. Ich wiederhole im einzelnen, daß Sorge getragen werden wird, die Unterbindung jeglicher Beziehungen von politischen oder politisierenden Verbänden, zu denen die sog. Wehrverbände aller Richtungen und Formen in erster Linie gehören, zur Wehrmacht auf die Dauer sicherzustellen. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 über ungesetzliche Einstellungen wird strengstens durchgeführt werden. Es werden ferner der Öffentlichkeit in nächster Zeit ergänzende Anordnungen bekanntgegeben werden, nach denen beim Rekrutierungsverfahren die Berücksichtigung aller verfassungstreuen Volkskreise sowie unter Mitwirkung der Verwaltungsbehörden der Länder durch tatsächliche Auskünfte der ausnahmslose Ausschluß aller verfassungsfeindlichen Elemente bei der Einstellung von Soldaten gewährleistet wird.

Daß ich bei der Verkündung und Verwirklichung dieses Programms in vollster Übereinstimmung mit dem Herrn Reichswehrminister und den Herren Chefs der Heeres- und Marineleitung zusammenarbeite, stelle ich mit allem Nachdruck fest. Nach einem Appell an die Parteien und die gesamte Öffentlichkeit kommt der Reichskanzler auf das

Gebiet der Außenpolitik

und betont: Auf keinem Gebiete ist die Stetigkeit in den Zielen der Reichsregierung in höherem Grade die Voraussetzung fruchtbringender Arbeit als auf dem Gebiete der Außenpolitik.

So versteht es sich von selbst, daß die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenseitigen Verständigung weiterverfolgen soll. Diese Linie ist klar und eindeutig ersichtlich aus den mit Zustimmung der verfassungsmäßigen Instanzen getroffenen Entscheidungen der letzten Jahre. Die Außenpolitik, welche die Reichsregierung seit Kriegsende ohne Unterlaß unbeirrt verfolgt und die schließlich zu dem Londoner Dawes-Abkommen, zum Vertragswerk von Locarno und zum Eintritt in den Völkerbund geführt hat, ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf den Gedanken der Revanche, ihre Tendenz ist vielmehr die Herbeiführung einer gegenseitigen Verständigung. Wie auch immer die Haltung der einzelnen Parteien in der Vergangenheit gewesen sein mag, für die Zukunft können die durch jene Akte begonnene Entwicklung und die dadurch geschaffenen Grundlagen allein maßgebend sein.

Es bedarf dabei nicht des Hinweises darauf, daß in der Person des Reichskanzlers, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, und in der Person des Außenministers, dem die Durchführung der Außenpolitik obliegt, kein Wechsel eingetreten ist.

Reichskanzler und Außenminister würden den an sie ergangenen Rufen zur Übernahme ihrer Ämter nicht entsprochen haben, wenn sie nicht durch die geführten Verhandlungen über die Regierungsbildung die feste Gewähr dafür besäßen, daß die Absichten und Ziele der bisherigen Außenpolitik von allen Mitgliedern des Kabinetts einmütig gebilligt werden und daß hinter dieser einmütigen Billigung diejenigen Fraktionen stehen, welche die Regierung unterstützen.

Auf dem Wege dieser Politik liegen hinter uns die Befreiung des Ruhr- und Sanktionsgebietes, die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und die Beendigung der Tätigkeit der fremden Militärkontrollkommissionen in Deutschland sowie die noch in den letzten Tagen erzielte Erledigung der beiden letzten Punkte der Entwaffnungsfrage, nämlich der Fragen des Kriegsmaterials und der Ostfestungen. An erster Stelle steht dabei die Aufgabe, die freie Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wieder herzustellen.

Solange die zweite und die dritte Rheinlandzone noch von fremden Truppen besetzt bleiben, sind die dort bestehenden Zustände vor allem auch eine dauernde Gefahrenquelle für die günstige Entwickelung unserer Beziehungen zu unseren Nachbarländern im Westen. Die Reichsregierung muß erwarten, daß sich auch bei der Lösung dieser Aufgabe die Politik der gegenseitigen Verständigung bewähren wird.

Der Reichskanzler verzichtet darauf, die übrigen Aufgaben der Außenpolitik im einzelnen zu berühren, und will das dem Außenminister bei der Etatsberatung überlassen, hebt aber hervor, daß die jetzige Außenpolitik keine Herabminderung unseres Interesses an der Pflege unserer sonstigen internationalen Beziehungen zu den übrigen Staaten, insbesondere zu dem uns benachbarten Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika in sich schließe. Denn eine Politik des Friedens und der Verständigung, wie wir sie uns zur Aufgabe machen, kann nur eine gleichmäßige nach allen Seiten sein.

Die innere Lage Deutschlands

in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zeigt die Tatsache, daß der Weltkrieg mit allen seinen schlimmen Folgen eine tiefgreifende soziale Umschichtung in unserem Volke geschaffen hat. Die Zahl der Unselbständigen und Besitzlosen hat sich vermehrt. Alle wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung müssen von dem Streben zeugen, nach aller Möglichkeit die

ungeheure Zahl der Arbeitslosen

zu verringern und die Lage dieser Unglücklichen zu verbessern. Wie schon der Herr Reichspräsident in seinem an mich gerichteten Brief vom 20. Januar ausgeführt hat, wird es die neue Reichsregierung als ihre besondere Pflicht ansehen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren. Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ohne eine wohlorganisierte und tatkräftige Arbeitsvermittlung nicht denkbar. Insbesondere wird darauf hinzuwirken sein, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeitsnachweise gestärkt und ihr Wirkungsgrad erhöht wird. Hoher Wert wird auch in Zukunft — namentlich im bevorstehenden Frühjahr — auf die vermehrte Vermittlung städtischer, vor allem jugendlicher Erwerbsloser in ländliche Arbeitsstellen zu legen sein. — Als besonders wirksames Mittel, brachliegende Volkskraft nutzbringend zu verwenden, wird die Reichsregierung das landwirtschaftliche Siedlungswerk in den dünnbevölkerten Gebieten nachhaltig fördern. Eine befriedigende, dauernde Lösung der dadurch aufgeworfenen Unterstützungsfrage ist nur möglich, wenn baldigst an die Stelle der Fürsorge die

gesetzliche Arbeitslosenversicherung

tritt. Die Regierung legt daher entscheidenden Wert darauf, daß der dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung aus Gründen des Etats des Reiches, der Länder und Gemeinden möglichst vor dem 1. April verabschiedet wird. Wie auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, so soll auch für das ganze Arbeitsrecht der große Gedanke der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ihres paritätischen Zusammenwirkens in Betrieb und Beruf in gleicher Weise wie bisher bestimmend bleiben und immer mehr zur praktischen Auswirkung gebracht werden. Der nächste Schritt wird die Schaffung einer umfassenden Arbeitsschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Darin soll — ausgehend von den deutschen Verhältnissen — die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen geregelt werden. Auf Grund einer solchen Gesetzgebung ist die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei entsprechendem Vorgehen der westeuropäischen Industrieländer bereit.

Den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen

gilt die besondere Sorge der Reichsregierung; Härten, die sich aus der gegenwärtigen Gesetzgebung ergeben, sollen nach Möglichkeit beseitigt werden. Bei der Mannigfaltigkeit der Lebensumstände können Versicherung und Versorgung allein nicht alle Notstände beseitigen, sie bedürfen der Ergänzung durch die Wohlfahrtspflege. Auf diesem Gebiet wird die Reichsregierung den bisherigen Weg zielbewußt weitergehen. — Noch lastet

die Wohnungsnot

mit all ihren schädlichen Folgen auf unserem Volke. Ihre Bekämpfung durch Förderung des Wohnungsbaues wird nachdrücklichst betrieben werden, so daß der schlimmste Notstand in einigen Jahren behoben sein wird. Dem Fortschreiten des Wohnungsbaues muß der

Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

schrittweise folgen, damit in absehbarer Zeit normale Verhältnisse im Wohnungs- und Bauwesen herbeigeführt werden.

Der Kanzler verbreitet sich weiter über die Übel der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot und sieht ihre Hauptursachen in den Nachwirkungen des Krieges. Diese Notlage durch die Entwicklung aller deutschen Produktivkräfte nach außen und nach innen zu überwinden, betrachtet die Reichsregierung als eine ihrer Hauptaufgaben. Sie wird deshalb durch den

Ausbau unseres Handelsvertragswerks

und durch Exportförderung den Absatz unserer Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu erweitern tatkräftig bemüht sein. Alle Maßnahmen, die bestimmt und geeignet sind, wirtschaftsfeindliche Schranken zu beseitigen, wird sie bereitwillig unterstützen. Sie wird sich an der Weltwirtschaftskonferenz durch tätige Mitarbeit beteiligen.

Die Pflege der Landwirtschaft

wird sich die Reichsregierung ganz besonders angelegen sein lassen. Es wird darauf Bedacht genommen werden müssen, daß die schwebenden Schulden der Landwirtschaft in langfristigen Realkredit zu tragbaren Bedingungen übergeführt werden und daß ein Sinken des allgemeinen Zinsfußes auch den landwirtschaftlichen Schuldnern zugute kommt. Nur durch Sicherung des Ertrages der landwirtschaftlichen Arbeit wird es gelingen, eine gesundere Bevölkerungsverteilung anzubahnen, das Abströmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte aufzuhalten und deren Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Erhaltung einer möglichst großen Anzahl leistungsfähiger Eigenbetriebe in Handwerk, Handel und Gewerbe hält die Reichsregierung für eine volkswirtschaftliche, soziale und staatspolitische Notwendigkeit.

Zur Förderung des Handwerks

soll u. a. der Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung dienen, die wichtige handwerkliche Fragen neu regeln wird. Die monopolistische Ausbeutung des deutschen Marktes muß verhindert und dafür gesorgt werden, daß die Ergebnisse der wirtschaftlich fortgeschrittenen Organisationsformen und der sich entwickelnden Rationalisierung allen Teilen der Bevölkerung zugute kommen. Die Reichsregierung wird sich nach Kräften für die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung einsetzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219270205-19/fragment/page=0001

In der Rechtspflege

harren große Aufgaben der Erledigung. Der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches, der uns auch die Rechtseinheit mit Österreich auf diesem wichtigen Gebiete bringen soll, wird voraussichtlich in diesem Frühjahr dem Hohen Hause vorgelegt werden. Damit in engster Verbindung steht der gleichfalls vorbereitete Entwurf des Strafvollzugsgesetzes. Neben der von dem Deutschen Juristentag zur Prüfung der Reformbedürftigkeit des Aktienrechts eingesetzten Kommission nimmt die Prüfungsarbeit der Reichsregierung ihren Fortgang, die mit Beschleunigung gefördert werden soll. Mit ernster Sorge sieht die Reichsregierung, wie Rechtsprechung und Gerichte immer mehr zum Gegenstand einer maßlosen öffentlichen Kritik gemacht werden. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß die Justiz, um ihren hohen Beruf zu erfüllen, des Vertrauens der Bevölkerung nicht entbehren kann. Zum Schluß sagt der Kanzler:

Die Regierung wird mit Ernst und Festigkeit an die von ihr übernommene schwere Arbeit herangehen und ihr Bestes einsetzen, um auf dem Wege zum Wiedererwachen unser Reich und Volk vorwärtszubringen. Sie rechnet dabei auf die Mitarbeit der deutschen Volksvertretung, ist sich dabei aber bewußt, daß nur das einige geschlossene Zusammenhalten unseres Volkes und der sich aus dieser Geschlossenheit ergebende Willensinstande ist, unsere Arbeit fruchtbar zu gestalten. Möge uns eine solche Unterstützung nicht versagt sein! An zielbewußter Führung und Einsatz ihrer ganzen Kraft wird es die Regierung nicht fehlen lassen.

*

Aussprache der Parteien.

Präsident Löbe verliest die von den Linksparteien eingebrachten Mißtrauensvoten, von denen dasjenige der Demokraten besonders Aufmerksamkeit im Hause findet.

Abg. Müller-Franken (Soz.) bespricht die Vorgänge bei der Regierungsbildung unter scharfen Ausfällen gegen rechts und erklärte, es sei bezeichnend, daß bei der Verteilung der Ministersessel ausgerechnet die Deutschnationalen von der Prozentrechnung Profit gehabt hätten. Der Besitzer bei dieser Regierungsbildung sei die Deutsche Volkspartei. Dr. Marx habe mit der Bildung dieses Reichskabinetts seine bisherige Politik verleugnet. Das Zentrum habe die Schwenkung vollzogen, weil es Neuwahlen vermeiden wollte. Die deutschnationalen Minister hätten sich zur Fortführung der Locarnopolitik bekannt, dabei aber auch nicht nur die Ergebnisse dieser Politik anerkannt, sondern auch ihre Methoden gebilligt. Seine Freunde seien gespannt auf das Ausführungsgesetz zum Artikel 48, das die deutschnationalen Minister vorlegen würden. Zum Reichswehrminister Dr. Geßler hätten sie nicht das Vertrauen, daß er jetzt das nachhole, was er bisher versäumt habe. Als dringende Forderung bezeichnete der Redner dann die schleunige Verabschiedung des Arbeitszeitnotgesetzes und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Abg. Graf von Westarp (Dtn.) erklärte, daß mit dem Eintreten der Deutschnationalen in die Regierung das auf dem Deutschnationalen Parteitag in Köln gestellte Ziel erreicht worden sei. Seine Freunde hätten, um eine feste bürgerliche Mehrheitsregierung zu erreichen, in sachlicher und persönlicher Beziehung manches Opfer gebracht, aber ein Opfer ihrer Überzeugung, eine Preisgabe ihrer Grundsätze und ihrer programmatischen Linien sei nicht zugestanden und auch nicht in Aussicht gestellt worden. („Hört! hört!" links.)

Das programmatische Manifest des Zentrums sei zur Kenntnis genommen worden, aber niemals Verhandlungsgegenstand gewesen und von den Deutschnationalen sei kein Bekenntnis dazu verlangt worden. („Hört! hört!") Für seine Freunde gelte die heute abgegebene Regierungserklärung mit den Zusätzen, die sie einzuschieben hätten.

Seine Partei wolle nicht um Vergangenes streiten, denn die deutsche Außenpolitik solle nicht unter dem Wechsel einer politischen Konstellation leiden. Die Deutschnationalen würden nichts preisgeben von dem Grundsatz, daß jede deutsche Regierung deutsche Politik treiben müsse. Das Vertragswerk von Locarno und die Mitgliedschaft im Völkerbund begrüßte der Redner als die rechtliche und politische Grundlage der deutschen Politik. Eine Politik der Gewalt und Revanche lehnte er ab. Letztere sei auch unmöglich angesichts der Deutschland aufgezwungenen Waffenlosigkeit. Eine Politik der Verständigung müsse aber eine gegenseitige sein.

Das Abkommen über die Ostfestungen sei vor dem Eintritt der Deutschnationalen ins Kabinett beschlossen worden. (Lebhafter Widerspruch links.) **Solange ein fremder Soldat auf deutschem Boden stünde, könne von einer wirklichen Verständigung nicht die Rede sein. Seine Partei stelle sich mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst des Staates. Ein Bekenntnis zum Staate sei aber nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zur Staatsform.** (Stürmische „Hört!-hört!"-Rufe links.)

Seine Partei wolle mit der Regierung die Staatsautorität und die Verfassung schützen, trotzdem letztere in vielen Punkten reformbedürftig sei.

Der Streit um die Staatsform und die Reichsfarben werde weitergehen.

Er müsse sich jedoch in sachlichen Formen und ohne persönliche Gehässigkeit abspielen. Seine Freunde begrüßten es besonders, daß mit der neuen Regierungsbildung die Mitte mit dem Zentrum von der Sozialdemokratie abgerückt sei. Diesem ersten Schritte müsse eine gleiche Regelung auch in den Landesregierungen, vor allem in Preußen, folgen. („Hört! hört!" links.) Die neue Reichsregierung habe durch die Unterstützung der Deutschnationalen die nötige Festigung erhalten.

Präsident Löbe verlas dann unter großer Heiterkeit einen sozialdemokratischen Antrag, die Rede Westarps auf Reichskosten in allen Gemeinden des besetzten Gebietes öffentlich anschlagen zu lassen. Inzwischen ist auch der Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten eingelaufen.

Abg. Drewitz (Wirtschaftspartei) brachte eine Erklärung zur Verlesung, worin schließlich betont wird, daß die neue Reichsregierung es selbst in der Hand habe, sich die Unterstützung der Fraktion zu sichern, indem sie ihre Forderungen erfülle. Bis dahin nehme diese eine abwartende Haltung ein.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) begrüßte es, daß die Deutschnationalen durch ihren Eintritt in die Regierung die Konsequenzen einer jeden Oppositionspartei gezogen hätten, wenn sie eine Regierung gestürzt habe. Er betonte weiter, Deutschlands Recht auf sofortige Aufhebung der Besetzung der Rheinlande. Außerdem müßten die unerträglichen Zustände an der Ostgrenze endlich geändert werden. Aus den sozialpolitischen Richtlinien der Regierung ergäbe sich klar, daß von einem Besitzbürgerblock nicht gesprochen werden könne. Die Richtlinien der Regierung seien vielmehr so gehalten, daß sie von allen wirklich staatserhaltenden Parteien anerkannt werden könnten. Der Redner dankte schließlich der Reichswehr und ihrem Organisator und bezeichnete die Bildung der neuen Regierung als eine Etappe auf dem Wege der Volksgemeinschaft.

Von den Kommunisten ist inzwischen ein Antrag eingegangen, worin die Regierung zum Austritt aus dem Völkerbund aufgefordert wird.

Verheißungen.

Es war schon vor der Abgabe der Regierungserklärung bekanntgeworden, daß sie sich nicht in kurzen allgemeinen Sätzen halten würde, sondern, daß man diesmal in das Programm eine Stellungnahme des neuen Kabinetts zu allen außen- und innenpolitischen Problemen hineinbringen wollte. Bei den bisherigen Gegensätzen, die zwischen den Parteien der Regierungskoalition hinsichtlich mancher dieser Probleme obwalteten, bedurfte es natürlich zwischen ihnen, also ihren Vertretern im Kabinett, einer sehr ausgiebigen Besprechung, um einen Mittelweg zu finden. Das ist in letzter Stunde auch gelungen.

Die Rede zerfällt nun in einen innenpolitischen, einen außenpolitischen, einen sozialpolitischen und einen wirtschaftspolitischen Teil, woran sich noch eine kurze Darstellung der justizpolitischen Probleme anschließt. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die bekanntgewordenen „Richtlinien", die auch diese Verteilung aufwiesen, die Grundlage umrissen haben, von denen die Beratungen ausgegangen sind, ja, man findet teilweise wörtliche Anklänge an jene Richtlinien. Ergänzt sind diese durch gewisse Sätze, die in den Verhandlungen mit den Deutschnationalen protokollarisch festgelegt waren und dieser Partei gerade in den umstrittenen Punkten ein gewisses Entgegenkommen bewiesen.

Besonders deutlich wird das im innen- und außenpolitischen Teil; in jenem wird neben dem selbstverständlichen Schutz und der Achtung vor der republikanischen Staatsform und ihren Symbolen auch den Symbolen der früheren Staatsform Achtung verheißen. Und außenpolitisch ist der eigentlich selbstverständliche Hinweis bezeichnend, daß die durch den Namen Locarno, Genf und Thoiry bezeichnete deutsche Politik der Verständigung ihre Grenze an unserer Nationalinteressen findet.

Einen viel breiteren Raum nahmen nun die sozial- und wirtschaftspolitischen Ausführungen des Reichskanzlers ein. Er hofft, die besonders schwierige Frage der Arbeitslosenversicherung an Hand des vorliegenden Gesetzentwurfes bis spätestens zum 1. April erledigt zu sehen; bestehen doch auch zwischen den Regierungsparteien hinsichtlich dieser Frage keinerlei wesentliche Differenzen. Ebenso ist man dort im großen und ganzen auch einig über die Grundzüge in der Arbeiterschutzgesetzgebung. Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß sich die deutsche Regierung zu einer Ratifikation des Washingtoner Abkommens über die achtstündige Arbeitszeit zwar grundsätzlich entschlossen hat, dabei aber an der Voraussetzung festhält, daß sich die westeuropäischen Industrieländer zu einem entsprechenden Vorgehen bereit erklären. Man denkt bei diesen langen Sätzen an die Mahnung des Reichspräsidenten, daß die neue Regierung die Interessen der Arbeitermassen zu wahren als besondere Aufgabe betrachten müsse, und demgemäß lautet auch die Erklärung, daß die Regierung auf dem Wege der Sozialpolitik zielbewußt weitergehen werde.

Auch wirtschaftspolitisch bestehen zwischen den Regierungsparteien kaum verschiedene Auffassungen. Läßt sich doch der Teil des Regierungsprogramms, der eine energische Exportförderung und dann darüber hinaus eine eifrige Arbeit daran verheißt, die zwischen den Staaten bestehenden Hemmnisse für den Güteraustausch zu beseitigen, sehr wohl vereinbaren mit einer ebenso energischen Förderung der Innenproduktion für den Binnenmarkt und die Stärkung der Kaufkraft unseres Volkes. Besondere Betonung sind hierbei die Art, wie man der landwirtschaftlichen Produktion und namentlich den dort besonders schwierigen Kreditverhältnissen Unterstützung leisten wolle.

Das Regierungsprogramm wird Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen werden. Aber die große Masse des deutschen Volkes wird sich doch erst dann ein Urteil über die Erklärung bilden können, wenn ihr die Taten gefolgt sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Locarno, Werwolf und Entwaffnungsfrage.

Von amtlicher Seite wird zu verschiedenen in der Öffentlichkeit aufgetauchten Meldungen Stellung genommen. So wird betont, daß die Nachricht, daß vor der Märztagung des Völkerbundrates eine Zusammenkunft der Außenminister der Locarnomächte geplant sei, jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Eine Pariser Depesche wollte ferner wissen, daß die deutsche Regierung am Quai d'Orsay zwei Noten habe überreichen lassen. In der einen Note sei von der Auflösung der Berliner Sektion des Werwolf Mitteilung gemacht worden, die zweite Note dementiere das Gerücht, wonach der Kabinettsbeschluß über die letzten Instruktionen in der Entwaffnungsfrage nicht mit Zustimmung der deutschnationalen Minister zustande gekommen sei. Wie von zuständiger Stelle hierzu gemeldet wird, sind derartige Mitteilungen von seiten der deutschen Regierung oder der deutschen Botschaft nicht gemacht worden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die bisher im Besitze der Reichsregierung befindlichen Aktien der Deutschen Allgemeinen Zeitung sind von einer Gruppe erworben worden, die sich aus Industrie, Handel und Schiffahrt zusammensetzt. Damit hat jede mittelbare oder unmittelbare Beteiligung des Reiches oder anderer amtlicher Stellen an dem Unternehmen aufgehört. Der Kaufpreis betrug 1½ Millionen Mark.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns empfing eine Abordnung des Vorstandes des Reichsbundes der Kinderreichen zum Schutze der Familie e. V., um ihre Wünsche zu den schwebenden Gesetzesvorlagen entgegenzunehmen.

Köln. Nach einer Meldung der Kölnischen Zeitung hat das preußische Landwirtschaftsministerium zur Hebung der Wirtschaftslage in den Weinbaugebieten eine einmalige Beihilfe von acht Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt, die nur für die Herstellung von Weinbergswegen verwendet werden sollen.

Paris. Im Ministerrat wurde beschlossen, dem früheren Ministerpräsidenten Monis eine lebenslängliche Pension von 24 000 Frank jährlich aus der Staatskasse zu überweisen. Monis ist heute 80 Jahre alt und weil er kein Vermögen besitzt, gezwungen, den Unterhalt für sein Alter als Rechtskonsulent zu verdienen.

Paris. Im Rahmen einer Veranstaltung des Welttheaters sind für hier auch deutsche Theatervorstellungen geplant, bei denen auch eine Mozart-Woche veranstaltet werden soll.

Rom. In Camagallo im brasilianischen Staat Rio de Janeiro soll ein Deutscher eine Photographie von Mussolini mit verschiedenen Bemerkungen gegen den Ministerpräsidenten zerrissen haben. Daraufhin sei er von einem Italiener erschossen worden.

Rom. Auf einer Tagung des Organisationsausschusses der Gewerkschaften, die früher die Führung in der Bewegung des auf sozialistischer Grundlage stehenden, jetzt aufgelösten Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hatten, wurde beschlossen, sich in den Dienst des Faschismus zu stellen.

Aus der Umgegend

Nebra, den 5. Februar.

— **Eine Einladung** für heute Abend zu einer Besprechung über Schaffung eines Hindenbergdenkmals erläßt in der heutigen Nummer Herr Bürgermeister Stattmann. Wir weisen darauf die Bürgerschaft und insbesondere die Vereine noch besonders hin.

— **Erfreuliche Zuwendungen.** Die Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen in Merseburg hat der hiesigen freiw. Feuerwehr zu den Anschaffungskosten für Uniformen und Ausrüstungsgegenständen eine Beihilfe von 600 RM. bewilligt. Diese Beihilfe ist bereits an den Magistrat überwiesen worden. Außerdem hat die Sozietät zur Anschaffung einer mechanischen Leiter eine weitere Beihilfe von 380 RM. in Aussicht gestellt.

— **Landbund.** Die im Landbundbezirk Steigra vereinigten Landwirte finden sich mit ihren Familien am nächsten Montag im „Gasthof zur Unstrutbahn" in Carsdorf zur Bezirks-Versammlung zusammen. Die Zusammenkunft von Berufsgenossen fördert immer die Solidarität, das Zusammenstehen im Kampf um Aufrechterhaltung der Existenz und so ist zu wünschen, daß recht viele Landwirte sich zusammenfinden und die Anregungen, die durch Vorträge geboten werden, für sich nutzbar machen.

— **Karpfenschmaus.** Herrn Werthmanns Küche ist weit und breit bekannt, er kann es schon unternehmen, einen Karpfenschmaus zu arrangieren. Am nächsten Mittwoch, den 9. d. Mts., wird ein solcher stattfinden. Vorherige Einzeichnung in die Teilnehmerliste oder Anmeldung mittels Postkarte wird die Vorbereitungen erleichtern.

— **„Zur Burg".** Für seine Gäste sorgt stets der rührige Burgwirt. Am Dienstag wird nur den Gästen zuliebe ein Schwein geopfert und wer noch etwas besseres gewöhnt ist, der darf auch Karpfen essen.

— **Stadt-Lichtspiele.** Am Sonntag findet zunächst am Nachmittag eine Kinder-Vorstellung statt. Am Abend steigt der wunderbare Film „Wenn Meere und Himmel sich berühren", und im Anschluß an diesen wird Monty auf der weißen Wand sich als Automobilist produzieren. Da heißt es gewiß: Sehn und staunen. — Und dann etwas Neues, was die Besucher ganz besonders erfreuen wird: ein Kunstspiel-Piano ist angeschafft, das während der Pausen prächtige musikalische Genüsse bieten und auch die Vorführungen sinnig begleiten wird.

— **Kriegerverein.** Der nächste Sonntag ist für Nebra wieder ein großer Tag, er bringt den Theater-Abend des Kriegervereins. Die Darbietungen des Vereins genießen Ruf, sodaß die verfügbaren Plätze fast immer nicht zureichen. Auch diesmal ist die Nachfrage sehr rege und es ist ratsam, nicht bis zuletzt mit dem Erwerb einer Eintrittskarte zu warten.

— **Der Volkstrauertrag 1927** ist nach vorheriger Vereinbarung mit dem Volksbund deutscher Kriegergräberfürsorge dem Reichsminister des Innern auf den 13. März dieses Jahres festgesetzt worden. Das Reich hat dabei den Landesregierungen anheimgestellt, diesen Tag auch für ihre Länder anzunehmen, damit eine einheitliche Feier im Reiche gewährleistet wird. Bekanntlich konnte Sachsen im Vorjahre dem Reichstrauertag nicht zustimmen, weil er zufällig mit dem 1. Sonntag der Leipziger Messe zusammentraf.

Ziegelroda. Das Fest der goldenen Hochzeit zu begehen, ist am 6. Februar (Sonntag) den Kaufmann Karl Bleichrodt'schen Eheleuten hierselbst vergönnt. Das Jubelpaar erfreut sich noch geistiger wie körperlicher Frische, sodaß der Hoffnung Raum gegeben werden darf, es wird noch eine weitere Wegstrecke Seite an Seite pilgern dürfen. Möge sich dieser Wunsch in schönster Art erfüllen.

Magdeburg, 1. Febr. In der vergangenen Nacht ist ein Magdeburger Polizeioffizier auf einem Kontrollgange in der Nähe des Alten Marktes von einem jungen Manne um Unterstützung gebeten und in einen Hinterhalt gelockt worden. Dort haben ihm unbekannte Täter durch Schläge mit hartnäckigen Gegenständen den Kopf gespalten. Ein Passant, der zufällig den Vorgang bemerkt hatte, benachrichtigte das nächste Polizeirevier, von dessen Beamten der zu Tode verletzte Polizeioffizier in seine Wohnung gebracht wurde.

Pirna. Was die Feuerwehr alles machen muß. Hier wurde die Freiwillige Feuerwehr um Hilfe gebeten. Es war ein Mädchen von der Geburt eines Knaben überascht worden und das neugeborene Kind war in die Abortgrube gefallen. Der Feuerwehr gelang es nach 1½stündiger Arbeit, das Kind lebend zu bergen.

Schwarzburg, 1. Febr. Im Trippsteinhäuschen, dem herrlichen Ausflugspunkt bei Schwarzburg, wurden von Touristen die Leichen eines auswärtigen jungen Paares aufgefunden. Es liegt wahrscheinlich Selbstmord vor. Die Behörden arbeiten in fieberhafter Tätigkeit an der Aufklärung.

Nah und Fern.

○ **Hindenburg auf der „Grünen Woche".** Am Donnerstag besichtigte der Reichspräsident in Begleitung von Staatssekretär Meißner und in Anwesenheit des Reichsministers Schiele, des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Steiger und zahlreicher anderer Behördenvertreter in mehrstündigem Rundgang die Berliner landwirtschaftliche Ausstellung und Messe „Grüne Woche".

○ **Aus Versehen ihr Dienstmädchen erschossen.** Als ein fremder Hund in Lippspringe im Garten der Frau P. den Hühnern nachstellte, ließ sich die Frau das Jagdgewehr geben und schoß auf den Hund. Die Kugel traf jedoch das Dienstmädchen, das nach kurzer Zeit starb.

○ **Waffenschmuggel bei der Schutzpolizei in Bochum.** Wie das Polizeipräsidium in Bochum mitteilt, wurden der Hauptwachmeister Dombrowski, der früher im Jungstahlhelm eine Führerrolle belleidete, und zwei Handwerker verhaftet, weil sie aus der Waffenkammer der Schutzpolizei mehrere Pistolen entwendet und an Mitglieder von Wehrverbänden abgegeben haben.

○ **Bau einer neuen Moselbrücke.** Die Koblenzer Stadtverordnetensitzung genehmigte den Bau einer neuen Brücke über die Mosel, deren Kosten auf 5,5 Millionen Mark veranschlagt sind. Die Stadtverwaltung rechnet damit, daß das Projekt in das Westprogramm des Reiches aufgenommen wird. Zur Lösung der Brückenkonstruktion soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden.

⊙ **Die Grippe in der Tschechoslowakei.** Das Prager Ministerium für Öffentliches Gesundheitswesen gibt über die Verbreitung der Grippe in Böhmen im Zeitraum vom 23. bis 29. Januar einen Bericht aus, der für diesen Zeitabschnitt eine beträchtliche Verbreitung der Grippe festgestellt hat. Im ganzen wurden 34 887 Grippeerkrankungen und 94 Todesfälle in 1982 Gemeinden gemeldet. 17 189

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219270205-19/fragment/page=0002

Erkrankungen entfallen auf Kinder bis zum vierzehnten Lebensjahr.

⊙ **Ein deutscher Dampfer auf Reparationskonto für Frankreich erbaut.** Wie aus Bordeaux gemeldet wird, wurde dort der auf Reparationskonto von Deutschland in Bremen erbaute Postdampfer „Athos" übergeben. Das Schiff ist 172 Meter lang, hat einen Tiefgang von 13,65 Metern und eine Wasserverdrängung von 21 180 Tonnen.

○ **Eine photographische Weltausstellung in Amsterdam.** Im Jahre 1928 wird in Amsterdam eine Weltausstellung der photographischen Kunst, Wissenschaft und Industrie unter dem Titel „Foto 1928" stattfinden, an der sowohl Berufs- als auch Amateurphotographen teilnehmen sollen. 47 Länder haben bereits ihre Beteiligung zugesagt. In nächster Zeit soll sich eine mit den Vorbereitungen betraute Kommission zum Studium der ausländischen Photographie nach Deutschland begeben, wo sie vor allem die Agfafabrik in Berlin und die Zeiß-Fabrik in Jena und Dresden besuchen wird.

⊙ **England baut einen neuen Tanktyp.** Von der bekannten englischen Waffenfirma Vickers werden gegenwärtig 100 besonders konstruierte Tanks eines gänzlich neuen Typs von großer Geschwindigkeit hergestellt. Die Auftraggeber sind die japanische Regierung und die chinesische Nordarmee. Die von der japanischen Regierung in Auftrag gegebenen Tanks haben bereits Proben ihrer außerordentlichen Leistungsfähigkeit abgelegt.

⊙ **Deutsche Flugzeuge in Bulgarien.** Dem bulgarischen Parlament ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Einrichtung eines regelmäßigen Flugverkehrs in Bulgarien mit Anschluß an das europäische Flugnetz vorsieht. An der Bulgarischen Luftfahrtgesellschaft sind die Junkerswerke beteiligt.

⊙ **Für drei Millionen Dollar Filmnegative verbrannt.** Im Newyorker Laboratorium der Filmanlage des Universalfilms verursachte eine Explosion ein Großfeuer, das zwei Filmnegative im Werte von drei Millionen Dollar vernichtete.

⊙ **Im Wahnsinn sechs Passagiere getötet.** Im Hafen von Manila (Philippinen) verfiel an Bord eines Dampfers ein Angestellter der Eingeborenenmiliz plötzlich dem Wahnsinn. Er rannte wild umher und tötete mit seinen Waffen sechs Passagiere; neun andere wurden von ihm schwer verletzt. Er wurde schließlich von der Polizei überwältigt und abgeführt.

Bunte Tageschronik.

Witten. Auf dem Postamt in Stockum wurde bei der Revision der Kasse ein **Fehlbetrag von 4800 Mark** festgestellt. Der der Unterschlagung verdächtige Beamte wurde sofort entlassen.

Stuttgart. Beim Rangieren fuhr eine Lokomotive auf dem Bahnhof Untertürkheim einem Güterzug in die Seite, wobei **vier Güterwagen stark beschädigt** wurden.

Paris. In Nizza wurden mehrere Personen wegen **Herstellung falscher Pässe** verhaftet.

Notenaustausch über die Pariser Verhandlungen.

Die Befestigungs- Demarkationslinie im Osten.

Nachdem in der Entwaffnungsfrage die sachliche Einigung über alle Punkte erfolgt ist, steht nunmehr auch die formelle Erledigung durch Notenaustausch zwischen der Botschafterkonferenz und der deutschen Botschaft in Paris unmittelbar vor dem Abschluß. So ist am 31. Januar über die Frage des Luftfahrtgerätes sowie über die sachlich bereits in den Pariser Verhandlungen Anfang Dezember geregelten Fragen, die die Verbände und die ungeselzliche Einstellung in die Reichswehr betreffen, der abschließende Notenaustausch erfolgt. Der Notenwechsel über die Ostfestungen und das Kriegsmaterial ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die Grenzlinie, jenseits welcher Deutschland bis zu seiner politischen Grenze keine neuen Befestigungen anlegen darf, ist in einem Anhang zu dem Abkommen über die Ostbefestigungen festgelegt und verläuft folgendermaßen: eine gerade Linie von Königsberg bis Sensburg im masurischen Seengebiet, beginnend an dem Punkte, wo sie die im Artikel 196 des Friedensvertrages festgelegte Küstenzone von 50 Kilometern verläßt; dann von Sensburg nach Marienburg bis zu dem Punkte, wo sie die Küstenzone von 50 Kilometern verläßt. Jetzt folgt eine Lücke in der Grenzlinie, hervorgerufen durch den polnischen Korridor. Die Linie geht dann folgendermaßen weiter: die Ostbahn von der polnischen Grenze bei Konitz bis Küstrin, das linke Oderufer von Küstrin bis Brieg, die Eisenbahnlinie Brieg—Neisse—Kamitz—Glatz—Weißenburg—Görlitz—Bautzen—Pirna—Königstein; eine gerade Linie von Königstein bis Hof, die Eisenbahnstrecke Hof—Neumarkt—Regensburg, das linke Donauufer von Regensburg bis Donaueschingen, die Eisenbahnlinie Donaueschingen—Neumarkt im Schwarzwald. In Neumarkt mündet die Grenzlinie in die entmilitarisierte Rheinlandzone ein.

Die englischen Vorschläge an China.

Verzicht auf Exterritorialität und Konzessionen.

Wie amtlich mitgeteilt wird, enthalten die britischen Vorschläge, die den chinesischen Behörden in Peking und Hankau unterbreitet worden sind, u. a. das Folgende: Anerkennung der chinesischen Gerichte und Anwendung des chinesischen bürgerlichen Gesetzbuches und Handelsgesetzbuches in den britischen Gerichtshöfen in China. Außerdem ist die englische Regierung bereit, sich damit einverstanden zu erklären, daß britische Staatsangehörige den chinesischen Steuern unterworfen werden. Sie ist ferner bereit, die gesamte Gemeindeverwaltung der britischen Konzessionen umzugestalten und dem Grundsatz zuzustimmen, daß britische Missionare im Innern Chinas keinen Anspruch auf das Recht zum Erwerb von Grundbesitz erheben dürfen.

Die Verhandlungen über diese Vorschläge waren schon bis zur Unterschrift gediehen, als der chinesische Außenminister Eugen Tschen im letzten Moment plötzlich erklärte, er könne doch den Vertrag nicht in einem Augenblick unterschreiben, wo England durch fortgesetzte Truppentransporte nach Schanghai alles andere als friedliche Absichten bekunde. Diese Äußerung hat ihre Wirkung auf die englische Regierung nicht verfehlt und man spricht bereits davon, daß die englischen Truppentransporte nach Hongkong umdirigiert werden sollen.

Amerikanischer Aufruf zum Militärdienst in China.

Die amerikanischen Militärbehörden haben einen Aufruf an ehemalige Soldaten und „besonders taugliche Rekruten" erlassen, sich freiwillig zum Dienst in China bei den in Tientsin stationierten amerikanischen Truppen zu melden.

Der preußische Kultusminister über die Pestalozzi-Stiftung.

Berlin. Am 17. Februar d. J. wird an allen preußischen Schulen das Andenken Johann Heinrich Pestalozzis gefeiert werden. Im Zusammenhang hiermit veröffentlicht der preußische Kultusminister Dr. Becker einen Aufruf für die Pestalozzi-Stiftung, in dem er die Bevölkerung auffordert, in Pestalozzis Sinne „eine Arbeit zu beginnen, die unserer Zeit so nottut wie Pestalozzis Werk den Kindern seiner Zeit". Wie der Amtliche Preußische Pressedienst den Ausführungen des Ministers entnimmt, wird zugunsten einzelner hervorragend begabter minderbemittelter junger Menschen die Pestalozzi-Stiftung als Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet. Sie will ihnen während ihrer Schulzeit in den öffentlichen und privaten Volks-, Mittel- und höheren Schulen über wirtschaftliche Schwierigkeiten, die der Entfaltung ihrer Anlagen im Wege stehen, planmäßig hinwegheilen. Diese Hilfe wird auch dem werdenden Lehrer aller Schularten während seiner beruflichen Ausbildung durch die Stiftung zuteil. Die Stiftung unterstützt ohne jede Rücksicht auf Herkunft, Bekenntnis und politische Gesinnung; sie soll von einem aus Schulsachverständigen bestehenden Vorstand sachverständig geleitet, im Kuratorium und in der Generalversammlung der Spender Vertreter aller beteiligten Lehrer-, Eltern- und Verwaltungskreise zu gemeinsamer Arbeit vereinigen. Der preußische Finanzminister hat der Stiftung 75 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Beiratssitzung der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft m. b. H.

Berlin. Hier trat der Beirat der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft m. b. H. mit dem Verwaltungsrat zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. In dieser Sitzung wurde die derzeitige Gesamtlage der Verhältnisse auf dem deutschen Getreidemarkt in eingehendster Weise erörtert, wobei die Vertreter aller beteiligten Gruppen Handel, Konsumenten, Müller, Bäcker und Landwirte) reichlich die Gelegenheit wahrnahmen, ihren Standpunkt zu vertreten. Allgemein wurde anerkannt, daß die Dreschergebnisse besonders für Roggen hinter den Schätzungen zurückgeblieben sind, daß aber von einer wirklichen Roggennot zurzeit nicht die Rede sein kann. Die Versammelten standen übereinstimmend auf dem Standpunkt, daß die Gesellschaft nach wie vor die Bewegung auf dem Getreidemarkte mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und nach Maßgabe ihres Könnens bei weiterer Steigerung zur Regulierung der Preise eingreifen soll. Einer Ausfuhr von Roggen soll sie sich nach wie vor enthalten. Eine vorübergehende Ermäßigung des Zollsatzes wurde gleichfalls erörtert, aber von allen Seiten als die Allgemeinheit durchaus schädigend abgelehnt.

Der Sommerfelder Doppelmord aufgeklärt.

Sommerfeld. Als Mörder des hier ermordeten Ehepaars Tschenke wurden zwei Fürsorgezöglinge festgestellt, nach denen die Polizei eifrig fahndet.

Der neue badische Staatspräsident.

Karlsruhe. Zum Nachfolger des zum Reichsfinanzminister ernannten bisherigen badischen Finanzministers Dr. Köhler wurde Geheimrat Dr. Schmitt mit den Stimmen der Weimarer Koalition im Badischen Landtag gewählt. Das Amt des Staatspräsidenten wurde dem Justizminister Dr. Trunck übertragen.

Weitere Vernehmungen im Fall Rosen.

Verhör vor dem Untersuchungsrichter.

Nachdem die Vernehmungen in der Mordaffäre Rosen nunmehr aus der Hand der Breslauer Kriminalpolizei in die des Untersuchungsrichters Frantz, der schon einmal im Falle Rosen die Untersuchung geführt hat, übergegangen sind, fand bereits die erste protokollarische Vernehmung im Breslauer Untersuchungsgefängnis statt. Jahn hat die Aussage wiederholt, die er bisher vor der Polizei angegeben hat. Ferner will der Untersuchungsrichter die Wirtschafterin Neumann verhören, um sie dann dem Jahn gegenüberstellen zu können, wie das bereits im Verlaufe der polizeilichen Untersuchung geschehen war.

Heerschau der deutschen Landwirtschaft

7. Reichslandbundtag.

Berlin, 2. Februar.

Die Reichslandbundtage sind von jeher Heerschauen des deutschen Landvolkes gewesen, ein gewaltiges Symbol der Geschlossenheit der Landwirtschaft in allen ihren Zweigen. Der heutige 7. Reichslandbundtag, verbunden mit dem Brandenburgischen Landbundtag, in Berlin brachte erneut den Beweis, daß sich das deutsche Landvolk der Notwendigkeit dieser Geschlossenheit als des Quells seiner Kraft bewußt ist. Über 1200 Landleute waren dem Rufe ihrer Führer gefolgt und füllten den Riesenraum der alten Autohalle bis auf den letzten Platz. Nach dem Einmarsch der Fahnen der Landbundarbeiter und Junglandbündler hielt

der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth,

seine von tosendem Beifall unterbrochene, die Eröffnungsrede. Er betonte, daß die Erkenntnis der Bedeutung der Landwirtschaft bei den anderen Berufsständen sich in steigendem Maße durchsetze. Dieser Erkenntnis müsse aber auch der Mut zu den entsprechenden Taten folgen. So müsse unter allen Umständen der im Schwebenvertrag erreichte mäßige Zollschutz auch bei den noch ausstehenden Handelsverträgen durchgehalten werden. Für die Produkte der Viehhaltung sei in dem kommenden Zolltarif ein wesentlich höherer Zollsatz notwendig.

Hierbei werde es sich zeigen, wer wirklich Bauernfreund sei, denn die Viehhaltung sei in erster Linie die Existenzgrundlage des kleinen Landwirts.

Völlig unzureichend sei auch der Schutz des Wein-, Obst- und Gemüsebaues. Als intensivste Form der Landwirtschaft ermögliche er auf kleinstem Raum eine selbständige Existenz. Das sei volkswirtschaftlich bei der Raumenge des deutschen Volkes von außerordentlicher Bedeutung. Der Redner wandte sich darauf der Ausgabenseite der Landwirtschaft zu und wies zunächst auf das Konto der Löhne und sozialen Lasten hin, die 50 bzw. 200 % über dem Vorkriegsstand lägen. Nennenswerte Lohnabstriche seien unmöglich, da sie bei der Höhe der Industriearbeiterlöhne sozial ungerecht und durch ihren Anreiz zur Landflucht volkswirtschaftlich schädlich seien. Die Mehrkosten der sozialen Versicherungen ständen in einem höchst unbefriedigenden Verhältnis zu dem, was sie an wirklich Bedürftige leisteten. Andererseits drohten sie, ein gefährliches Staatsrentnertum großzuziehen, wie überhaupt der Staat die Tendenz fördere und sogar steuerlich begünstige, den einzelnen aus dem wertefchaffenden Arbeitsprozeß auszuschalten und seine Existenz auf Rentenbezug und Kapitalzins zu gründen. So sei das Grundvermögen neben der Vermögenssteuer mit unerträglich hohen Realsteuern für Länder und Gemeinden belastet, während das arbeitslos gewinnbringende mobile Vermögen davon völlig frei sei. Zum Schluß wies der Redner auf die große Entscheidung hin, vor die das deutsche Volk gestellt sei:

entweder den Weg über die Schaffung der Nahrungsfreiheit aufwärts zur politischen Freiheit oder den zu einer Ausbeutungskolonie internationalen Großkapitals zu gehen.

Nachdem sich der brausende Beifall gelegt hatte, erhob sich

Reichsernährungsminister Schiele,

um die Grüße des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg zu überbringen. Er betonte, daß er es als seine Hauptaufgabe betrachte, die Anerkennung der Landwirtschaft auch in der Gesamtpolitik durchzusetzen; denn der Erfolg jeder Politik sei auf die Dauer abhängig von einer starken Innenwirtschaft.

Die Versammlung dankte für die Grüße des Reichspräsidenten, indem sie sich mit jubelndem Beifall erhob.

Der Wille zu zielbewußter Geschlossenheit fand seinen packenden Ausdruck in der Rede des brandenburgischen Bauernführers Landtagsabgeordneten Gauger, der nach der Begrüßungsansprache des Ersten Vorsitzenden des Brandenburgischen Landbundes, Rittergutsbesitzers Nicolas, das Wort ergriff. Die Bauernschaft bis zu den kleinsten Existenzen sei stets Rückgrat und Hauptbestandteil des Landbundes gewesen.

Durch den Bund sei die deutsche Bauernschaft zu politischem Selbstbewußtsein erweckt worden. Der Bauer sei mündig geworden im letzten Jahrzehnt und fest entschlossen, sein Schicksal selbst zu gestalten.

Für die Brandenburgische Landwirtschaftskammer sprach der Kammerpräsident, Rittergutsbesitzer von Oppen-Dannenwalde.

Für den Reichslandarbeiterbund redete Reichstagsabgeordneter Giese. Die deutsche Landwirtschaft werde nur dann blühen und gedeihen, wenn ihr die organische Eingliederung der Landarbeiterschaft gelänge. Die Schlußrede hielt der

Präsident des Reichslandbundes, Reichstagsabg. Hepp.

Einleitend wies er auf die immer drohender werdende Entrechtungsgefahr für den privaten, besonders auch den ländlichen Besitz hin. Das geplante Wohnheimstättengesetz sowie das preußische Städtebaugesetz seien nicht nur wegen der Eingriffe in das Eigentumsrecht, sondern auch wegen der drohenden Vernichtung des Realkredits für den städtischen und ländlichen Besitz entschieden abzulehnen.

Es müsse künftig zu einer klaren Teilung der Aufgaben zwischen Staat und Wirtschaft sowie der zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und damit zu einer wahrhaft produktiven Gestaltung der gesamten öffentlichen Hand kommen.

Bei dem Bewilligungseifer der heutigen Parlamente sei eine Selbstbeschränkung des Parlaments nach englischem Brauch und eine Stärkung der Stellung des Reichsfinanzministers durch Schaffung eines Vetorechtes und besonderen Etatskontrollrechtes notwendig. Nachdrücklich unterstrich der Redner die früheren Forderungen des Reichslandbundes nach Erweiterung der Rechte des Reichspräsidenten und Ausbau des Reichswirtschaftsrates. Er begrüßte die Bildung einer staatsbürgerlichen Mehrheitsregierung. Auch müsse immer wieder die

Revision der Dawes-Verpflichtungen

gefordert werden, um so mehr, da es heute bewiesen sei, daß die Grundlage des Dawes-Planes, eine deutsche Überschußwirtschaft, nicht vorhanden sei. Der Reichslandbund habe sich stets zu einer nationalen Wirtschaftsordnung bekannt. Er wisse sich hierin eins mit weitesten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft, die ebenso volksgebunden sei wie die deutsche Landwirtschaft.

Sie alle, Landwirtschaft, nationales Unternehmertum und deutschbewußte Arbeiterschaft, vereine das Bekenntnis zu gemeinsamem Volkstum, das in Zeiten größter Not erst recht den Kopf emporrecke, mit dem zerfetzenden Klassen- und Ständekampf breche und sich zum Gedanken der Wehrhaftigkeit, zum deutschen Staate bekenne, in dem Bewußtsein: Unser gemeinsamer Acker ist Deutschland.

Unter brausendem Beifall erhob sich nach der Rede die Versammlung und stimmte als Antwort auf diesen Appell das Deutschlandlied an.

Gereimte Zeitbilder.

Von Gotthilf.

Nach manchem Schiefen, manchem Schalen
Gelangt man wieder zum Normalen,
Man drückt voll Rührung sich die Hände:
„Gottlob! die Krisis ist zu Ende!"

Es gibt in kritischen Epochen
So viele „Grau-in-graue Wochen",
Der Staatsmann nämlich hat ein Fäbel
Für ein'gen Dunst und etwas Nebel.

Doch schließlich wird man wieder munter,
Und uns're Wochen werden bunter,
Man singt: „Im Wald und auf der Heiden"
Und denkt: „In Grün will ich mich kleiden!"

Es stürzt sich aus dem Alltagsjoche
Die Großstadt in die „Grüne Woche",
Man möchte auf dem Lande wohnen
Und spricht gebildet von Ozonen.

Doch neben Grün in Gras und Garben
Gibt's auch noch ein'ge and're Farben,
Geblendet tut man stehen bleiben
Vor märchenhaften Fensterscheiben.

In weißen Stapeln liegt dahinter
Der Schnee, den uns versagt der Winter,
Aus jedem Winkel, jedem Loche
Lacht's dir entgegen: „Weiße Woche!"

Die Heimischen sowie die Fremden
Sind ganz verliebt in Oberhemden
Und steh'n in malerischen Posen
Vor (ach! wie sagt man?) Unterhosen.

So sieht in allerschönsten Tuschen
Die Wochen man vorüberhuschen,
Bis müde man den Vers sich drechselt:
„Der Wochen sind genug gewechselt!"

Nur eine noch nach all den Plagen
Möcht' ich für mich zu wünschen wagen:
O, wäre doch nach Dienst- und Frontag
'ne ganze Woche „Blauer Montag"!

Kirchliche Nachrichten

5. Sonntag nach Epiphanias, den 6. Februar.

Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst **in der Kirche.** Herr Pastor Langguth.

Kollekte ist bestimmt für den Verband evangelischer Kinderpflege in der Provinz Sachsen und für den deutschen Evangelischen Landpflegerverband.

Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst (im Gemeindesaal).

Mittwoch abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Freitag abends 8 Uhr: Jungfrauenverein.

Getauft wurde am 17. Januar Otto Moritz Friedrich Herzau.

Plissée
die grosse Mode
beste Ausführung nur bei der
Färberei und chem. Reinigungsanstalt
Carl Bartels,
Telefon 372. **Naumburg a. S.**
Annahmestelle für Nebra:
Friedrich Krey, Manufakturwaren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219270205-19/fragment/page=0003

Sämtliche Vereine und Einwohner von Nebra lade ich hiermit zu einer Besprechung über die Errichtung eines Heldendenkmals auf

Sonnabend, den 5. d. M., abends ½9 Uhr

in den Saal des „Preußischen Hofes" ergebenst ein.

Nebra, den 3. Februar 1927.

Stattmann, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Durch Verfügung des Herrn Landrats in Querfurt sind die Trichinenschauer Winter und Fechner beauftragt, **die Trichinenschau wieder aufzunehmen.** Dem Trichinenschauer Winter ist der Bezirk I, und Fechner der Bezirk II übertragen.

Nebra, den 2. Februar 1927.

Die Polizeiverwaltung.

Ausschreibung.

Die Stadt Nebra beabsichtigt zwei

Zwei-Familien Wohnhäuser für Beamte

zu errichten. Die Ausschachtungsarbeiten werden von der Stadt ausgeführt. Außerdem sollen das **Ratskellergrundstück** neu hergerichtet und das **Grundstück Wasserweg Nr. 10** als Stadtsparkasse ausgebaut werden. Es wird um Einreichung von Bauvorlagen und Kostenanschlägen gebeten.

Nebra, den 4. Februar 1927.

Der Magistrat.

Polizeiverordnung zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers.

Unter Aufhebung meiner Polizeiverodnung vom 2. August 1924 — I 5393 — ordne ich auf Grund des § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes (G. S. 1926, S. 83) und § 136 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 (G. S., S. 195) für den Umfang des preußischen Staates folgendes an:

§ 1 Aufsicht.

1) Die landwirtschaftlich genutzten Felder und Gärten unterliegen der amtlichen Beaufsichtigung zum Zwecke der Bekämpfung des Kartoffelkäfers (Leptinotarsa degemlineata Say). Die Aufsicht wird von den Polizeibehörden und den Organen des öffentlichen Pflanzenschutzdienstes ausgeübt.

2) Die mit der Aufsicht betrauten Personen und die von den Gemeinden (Inhabern der Gutsbezirke) ernannten Vertrauensmänner dürfen die betreffenden Grundstücke betreten und die zur Entnahme der verdächtigen Insekten erforderlichen Maßnahmen treffen.

§ 2. Anzeigepflicht.

1) Den Verdacht des Vorhandenseins des Kartoffelkäfers begründende Erscheinungen sind innerhalb 24 Stunden der Ortspolizeibehörde oder der Gemeindebehörde anzuzeigen. Die Anzeigepflicht liegt dem Nutzungsberechtigten des Grundstücks und in dessen Abwesenheit dem Vertreter ob.

2) Die Gemeindebehörde hat die bei ihr eingehenden Anzeigen unverzüglich an die Ortspolizeibehörde weiterzuleiten, die nach Nr. 5 der Anleitung zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers vom 28. März 1925 zu verfahren hat.

3) Die Anzeigepflicht entsteht nicht, wenn dem Anzeigepflichtigen zuverlässig bekannt ist, daß von anderer Seite bereits Anzeige erstattet worden ist.

§ 3. Beförderung des Kartoffelkäfers.

Außerhalb der polizeilich angeordneten Bekämpfungsmaßnahmen darf der Kartoffelkäfer in seinen verschiedenen Entwicklungsstufen (Ei, Larve, Puppe, Käfer) nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde von der Fundstelle entfernt werden. Ausgenommen ist die Beförderung zur Feststellung des Befundes, bei der möglichst bald die Abtötung des Schädlings durch Eintauchen in Spiritus, heißes Wasser oder dergleichen zu erfolgen hat.

§ 4. Weitergehende Vorschriften.

Weitergehende Anordnungen der nachgeordneten Polizeibehörden sind zulässig.

§ 5. Strafvorschriften.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen der Strafvorschrift des § 30 des Feld- und Forstpolizeigesetzes, soweit nicht schärfere Strafbestimmungen anzuwenden sind.

Berlin, den 30. November 1926.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
J. A.: Abicht.

Veröffentlicht.

Nebra, den 1. Februar 1927.

Die Polizei-Verwaltung. Stattmann.

Vitzenburg.

Am **9. Februar 1927** findet der

Karpfenschmaus

im

„Schweizerhaus"

statt.

Küche und Keller in bekannter Vorzüglichkeit.

Um rege Beteiligung und Anmeldung bitten

O. Wirthmann und Frau.

Anmeldungen auf die jetzt zur Zeichnung aufliegenden

RM 300 000 000

5% Anleihe des Deutschen Reiches

zum Kurse von 92%

spesenfrei

nehmen wir entgegen.

Bankverein Artern, Spröngerts, Büchner & Co.

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, Abteilung Nebra a. U.

Einen **gesunden**

Schlaf

und damit eine Kräftigung des ganzen Nervensystems erzielen Sie nur durch den

echten „Baldravin"

Patentamtlich geschützt unter Nr. 342681. Er enthält sämtl. Extraktivstoffe der Baldrianwurzel in kräftigem Südwein gelöst. Alle Nachahmungen, die als ebensogut angeboten werden, weise man entschieden zurück.

Zu haben in allen Apotheken.

Landwirtschaftlicher Verein Steigra.

Unsere erste diesjährige

Hauptversammlung

findet am **Montag, den 7. Februar 1927,** nachm. 2 Uhr in **Carsdorf** (Unstrut), **Gasthof „Zur Unstrutbahn",** mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäftsbericht und Rechnungslegung.
2. Festsetzung der diesjährigen Beiträge.
3. Vortrag des Herrn Rittergutsbes. Reinhardt-Burgwerben „Eindrücke meiner Reise nach Rußland."
4. Die Lehr- und Versuchsanstalt für Geflügelzucht, Halle a. S.-Cröllwitz. (Filmvorführung.)
5. Verschiedenes.

Die Mitglieder des Vereins nebst ihren Angehörigen werden zu zahlreichem Besuch herzlichst eingeladen.

Baumersroda, den 21. Januar 1927.

Der Vereinsdirektor
von Helldorff.

Familien-Abend.

Zum Besten der Klein-Kinderschule **Nebra** findet am **Freitag, 11. Februar 1927,** abends ½8 Uhr im Schützenhaus

eine Vorführung von Lichtbildern

statt.

1. Teil.
Jerusalem und das heilige Land.
2. Teil.
Goldener Humor.

Vortrag: Herr Pastor Langguth.

Eintritt: Saal 50 Pfg. Galerie 30 Pfg.

Kassenöffnung: ½7 Uhr.

Am selben Tage, nachmittags um 3 Uhr, werden **Märchenlichtbilder für die Kinder** vorgeführt. Eintritt 20 Pfg.

Müller: Sag mal Schulze, hast's schon gehört, vom 20. Februar?

Schulze: Ach wohl von wegen dem verliebten Geiger-König im „Schützenhaus".

Müller: Mensch Du bist ja garnicht im Bilde, das ist abgeblasen, das steigt andermal, aber eine andere große Sache ist im Gange, ein großes Alpenfest ist vom Radfahrer-Verein geplant und wie ich so vom Schützenhauswirt hintenrum hörte, etwas ganz großartiges, so etwas habe Nebra überhaupt noch nicht gesehen, alles würde sich hinsetzen, aber nachdem jeder die große Jungfern-Rutschbahn benutzt habe, käme alles wieder auf de Beene.

Schulze: Na da müssen wir dabei sein, ich als Seppel und Du als Berliner Alpiner. Ju, Hui! Aber Schulze, wie wird es denn da mit dem Karpfenschmaus am 19. Februar? Mit 'nem vollen Magen kann man doch nicht auf die Alm steigen.

Müller: Man keene Bange nich, hab'ssschon ausgeschnüffelt, der gute Tag für die Feinschmecker steigt erst am 12. März. Also Schulze merke Dir die beiden wichtigen Tage: Am 20. Februar treffen wir uns auf der „Hoch-Alm" beim feschen Dirndel und am 12. März zum Karpfenschmaus im Schützenhaus. Auf Wiedersehen! Ju, Hui, Hui, Hie!

Aelteste reellste Bezugsquelle für

Neue Gänsefedern aus erster Hand!

Alle Federn garantiert gewaschen und staubfrei. — Federn wie man sie von der Gans rupft mit allen Daunen p. Pfd. 2,50 Mk., beste 3,50 Mk.

Firma besteht **86** Jahre.

Pr. Halbdaunen	p. Pfd.	5.— „
Dreiviertel Daunen Ia		6,75 „
Weiche zarte Volldaunen		9,75, 11,— „
Mit d. Hand ger. Federn m. Daunen		4,—, 5,—
Beste zart und weich		6,20, 5,75 Mk.
Rein weißer Daunenschleiß		8,25, 7,50 „

Versand gegen Nachnahme von 5 Pfund ab portofrei. Nichtgefallenes nehme auf meine Kosten zurück. —

J. Graupe, Neu-Trebbin 173 (Oderbruch) Gegr. 1841

Tanzunterricht.

Geehrten Herrschaften von **Nebra** u. Umg. zur Nachricht, daß mein

Unterrichts-Kursus

am Montag, den 14. März, abends 8 Uhr, in Nebra, im **Schützenhause** eröffnet wird. Gefl. Anmeldungen daselbst erbeten.

— Man verlange Prospekte —

Hochachtungvoll

Frau J. Hartmann, Tanzlehrerin.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, 6. Februar abends 8 Uhr,

Wenn Meer und Himmel sich berühren

Ferner:

Monty als Automobilist.

Nachmittag von 3 Uhr ab

große Kindervorstellung.

Neu! Neu!

Unter Mitwirkung des Kunstspiel-Pianos.

Es ladet freundlichst ein **Max Borgwardt.**

Gasthof „Zur Burg"

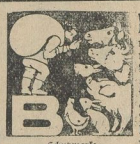
Dienstag, den 8. Februar

Großes Schlachtefest

Auf vielseitigen Wunsch findet gleichzeitig **Karpfenschmaus** statt.

wozu ich herzlichst einlade.

Oswald Möder.



Schutzmarke

Kalk ist nicht Kalk —

man verwende bei d. Aufzucht u. Mast nur den echten gebrannten Futterkalk **M Brockmanns „Zwerg-Marke"** oder den ungem. **„Patent-Mährsalzkalk".** Bester Schutz geg. Knochenerkrankungen! Prospekte kostenfrei. — Nur echt in Original-Packungen — nie lose! Da Fälschungen im Handel, achte man beim Einkauf genau auf Schutzmarke und Firma des alleinigen Fabrikanten

M. Brockmann, Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Eutr.

Zu haben: In Roßleben in der Apotheke z. gold. Aue H. Ulrich; bei: Karl Häußler; Klingberg & Garfs, Inh. Walter Möschter, Kolonialwaren. In Nebra bei: Walter Gutsmuths, Adler-Drogerie. In Wiehe bei: Apotheker R. Baumgart.

Todesanzeige.

Am 3. Februar, abends ½10 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager meine liebe Frau, gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

Frau Emma Lorenz

im 37. Lebensjahre.

Dies zeigt schmerzerfüllt an

die trauernde Familie Paul Lorenz.

Die Beerdigung findet am Sonntag, 6. Febr., nachm. 3 Uhr statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219270205-19/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 10 — Sonnabend, den 5. Februar 1927. — 40. Jahrgang.

Erklärung der neuen Regierung.

Das Kabinett vor dem Reichstag.

s. Berlin, 3. Februar.

Um das Reichstagsgebäude und besonders an den Eingängen drängte sich eine ziemliche Menge Publikum. Ob die Neugierigen hofften, recht bald etwas von der drinnen vor sich gehenden Regierungserklärung zu erfahren oder ob sie einfach bewundern wollten, wie die in Kompagniestärke aufmarschierten Photographen die anfahrenden neuen Minister abknipsten, ließ sich nicht feststellen. Im Sitzungssaale selbst schien das Interesse in keiner Beziehung so groß zu sein. Viel leere Bänke, namentlich auf der rechten Seite, wohl verursacht durch die gerade vor sich gehende große landwirtschaftliche Woche. Die Ministerbank ist natürlich vollzählig, andere Gesichter statt der verschwundenen, viel Gefolge von Sekretären, Räten der verschiedensten Ordnung, Landesministern usw. Beim Beginn der Rede des Kanzlers befinden sich fast mehr Menschen auf den Tribünen und in den Diplomatenlogen als unten im Saal. Einiges Geklänkel der Kommunisten, dann der gleichmäßig eine Stunde dahinfließende Vortrag des Kanzlers, der allerlei Bemerkenswertes, kaum aber etwas absolut Neues brachte. Fast zuviel der Worte — die Stimme des Reichskanzlers zum Schluß merklich erschöpft. Zwischendurch einige Ordnungsrufe an die mit lärmenden Zurufen nicht sparenden Kommunisten. Ein großes „Ah" ging lediglich durch das Haus, als Marx betonte, die jetzige Regierung werde die dargelegten Richtlinien streng befolgen, wenn auch einige der stützenden Parteien früher vielleicht anderer Meinung gewesen seien. Als der Kanzler seine Papiere zusammengepackt hatte, wurden die eingegangenen Mißtrauensanträge verlesen — besonders derjenige der Demokraten schien Aufsehen zu erregen. Dann bestieg der sozialistische Führer Müller-Franken das Podium und eröffnet den Reigen der Diskussionsredner, unter denen der ihm folgende Graf Westarp von den Deutschnationalen die größte Aufmerksamkeit im Hause fand.

*

Sitzung bericht.

(262. Sitzung.) CB. Berlin, 3. Februar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung und verliest die amtliche Ministerliste. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Abg. Rädel (Komm.) die Behandlung der kommunistischen Interpellation über die Wohnungsnot und den Achtstundentag. Abg. Torgler (Komm.) fordert Behandlung der Konkordatsfrage. Eine Verbindung dieser Fragen mit der Regierungserklärung ist unzulässig.

Reichskanzler Dr. Marx:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, ist sich einig, daß die Grundlage unserer Politik, die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar gegründeten republikanischen Staatsform, auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll. Sie wird entsprechend der feierlichen Erklärung des Herrn Reichspräsidenten in dem an mich gerichteten Briefe vom 20. Januar, daß die neue Reichsregierung getreu der

geltenden Weimarer Verfassung

für das Wohl des Vaterlandes arbeiten solle, ihr gesamtes politisches Handeln einstellen. So soll es auch bleiben. Es ist der feste Wille der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihrer Organe und ihrer Reichsfarben, wie sie in Artikel 3 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten. Die Reichsverfassung ist durch Beschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommen. Es ist daher auch die selbstverständliche Auffassung aller in der gegenwärtigen Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen dieses hohen Hauses, daß Abänderungen von Einzelheiten der bestehenden Verfassung auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege vorgenommen werden müssen.

Jeden Versuch gewaltsamer oder sonst ungesetzlicher Abänderung wird die Reichsregierung als Hochverrat ahnden. Insbesondere wird sie auch gegen alle Bestrebungen, die den rechtswidrigen und gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken, vorgehen. Wie sie von allen Deutschen Achtung der Reichsverfassung verlangt, so gilt diese Treupflicht — selbstverständlich unter Wahrung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts auf freie Meinungsäußerung — vor allem für die Beamten. Diesen ist die Beteiligung an den vorgenannten Vereinen und Bestrebungen zu verbieten. Der tatkräftige Schutz der Weimarer Verfassung schließt keineswegs aus, der großen Vergangenheit Deutschlands mit Achtung zu gedenken.

Nach der einmütigen Auffassung der Reichsregierung soll auch der Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung und Ehre gezollt werden. Wenn uns in diesem Zusammenhang ein weiterer Blick in die Vergangenheit gestattet sei, so sehen wir, daß unsere ganze heute bestehende Kultur auf christlicher Grundlage erwachsen ist. Aus diesem Mutterboden heraus muß sich der Geist des deutschen Volkstums immer wieder erneuern. Solche Gedankengänge werden ihre Auswirkung finden bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen

Reichsschulgesetz.

Die Grundlage dieses Gesetzes ist die Reichsverfassung. Nach deren Wortlaut und Sinn müssen die Freiheit des Gewissens und die Rechte der Eltern gewahrt und die Erteilung des Religionsunterrichts in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft, unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates, geregelt werden. Auch ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der in Art. 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten zu sorgen. Der Reichskanzler betont wiederholt die verantwortungsvolle Stellung der Beamten gegenüber der Verfassung und sagt dann zur

Finanzlage des Reiches,

es sei im vergangenen Jahre das Ziel der Reichsregierung gewesen, die Arbeit der Wirtschaft am Wiederaufbau Deutschlands zu fördern, ohne daß die Grundsätze einer gesunden Finanzgebarung zurückgestellt zu werden brauchten. Auch in Zukunft wird es das Bestreben der Reichsregierung bleiben, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen seinen Schichten mit denen der öffentlichen Wirtschaft in Einklang zu halten. Freilich bedarf es dazu äußerster Sorgfalt, um nicht gegenüber den vorhandenen Einnahmemöglichkeiten in Schwierigkeiten zu kommen. Der Herr Reichsminister der Finanzen wird Gelegenheit nehmen, bei der ersten Lesung des Haushaltsplans 1927 auf die hiermit im Zusammenhang stehenden Probleme näher einzugehen. In den Rahmen der allgemeinen Finanzlage wird auch das

Problem des Finanzausgleichs

einzufügen sein, das eine innenpolitische Frage von hervorragender Bedeutung darstellt. Dem Hohen Hause liegt der Entwurf eines Gesetzes über einen provisorischen Finanzausgleich vor, dessen baldige Verabschiedung dringend erwünscht erscheint. Darüber hinaus wird es das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Übereinstimmung mit den Ländern über die Gesamtheit des Finanzausgleichsproblems möglichst bald herbeizuführen.

Der Wehrmacht

wird die Reichsregierung ihre besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmen. Sie wird mit größtem Nachdruck bemüht sein, das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Wehrmacht in allen Schichten und in allen Parteien zu festigen.

Das Heer muß dem politischen Kampf ein- für allemal entzogen werden. Das von mir an dieser Stelle am 16. Dezember 1926 entwickelte Programm einer endgültigen Lösung der Reichswehr von aller Politik wird, ohne Einschränkung zur Ausführung gebracht. Ich wiederhole im einzelnen, daß Sorge getragen werden wird, die Verbindung jeglicher Beziehungen von politischen oder politisierenden Verbänden, zu denen die sog. Wehrverbände aller Richtungen und Formen in erster Linie gehören, zur Wehrmacht auf die Dauer sicherzustellen. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 21. Dezember 1926 über ungesetzliche Einstellungen wird strengstens durchgeführt werden. Es werden ferner der Öffentlichkeit in nächster Zeit ergänzende Anordnungen bekanntgegeben werden, nach denen beim Rekrutierungsverfahren die Berücksichtigung aller verfassungstreuen Volkskreise sowie unter Mitwirkung der Verwaltungsbehörden der Länder durch tatsächliche Auskünfte der ausnahmslose Ausschluß aller verfassungsfeindlichen Elemente bei der Einstellung von Soldaten gewährleistet wird.

Daß ich bei der Verkündung und Verwirklichung dieses Programms in vollster Übereinstimmung mit dem Herrn Reichswehrminister und den Herren Chefs der Heeres- und Marineleitung zusammenarbeite, stelle ich mit allem Nachdruck fest. Nach einem Appell an die Parteien und die gesamte Öffentlichkeit kommt der Reichskanzler auf das

Gebiet der Außenpolitik

und betont: Auf keinem Gebiete ist die Stetigkeit in den Zielen der Reichsregierung in höherem Grade die Voraussetzung fruchtbringender Arbeit als auf dem Gebiete der Außenpolitik.

So versteht es sich von selbst, daß die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenseitigen Verständigung weiterverfolgen soll. Diese Linie ist klar und eindeutig ersichtlich aus den mit Zustimmung der verfassungsmäßigen Instanzen getroffenen Entscheidungen der letzten Jahre. Die Außenpolitik, welche die Reichsregierung seit Kriegsende ohne Unterlaß unbeirrt verfolgt und die schließlich zu dem Londoner Dawes-Abkommen, zum Vertragswerk von Locarno und zum Eintritt in den Völkerbund geführt hat, ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf den Gedanken der Revanche, ihre Tendenz ist vielmehr die Herbeiführung einer gegenseitigen Verständigung. Wie auch immer die Haltung der einzelnen Parteien in der Vergangenheit gewesen sein mag, für die Zukunft können die durch jene Akte begonnene Entwicklung und die dadurch ge-

[illegible] darauf, daß in der [illegible] Richtung [illegible] der Person des [illegible] der Außenpolitik

[illegible] den an sie er- [illegible] nicht entsprochen [illegible] rhandlungen über [illegible] besäßen, daß die [illegible] politik von allen [illegible] werden und daß [illegible] Fraktionen

[illegible] unter uns die Be- [illegible] die Räumung der [illegible] ung der Tätigkeit [illegible] Deutschland sowie [illegible] igung der beiden [illegible] nlich der Fragen [illegible] der Souveränität [illegible] stellen.

[illegible] andzone noch von [illegible] rt bestehenden Zu- [illegible] herquelle für die [illegible] zu unseren Nach- [illegible] ng muß erwarten, [illegible] e die Politik der

[illegible] übrigen Aufgaben [illegible] und will das dem [illegible] lassen, bedt aber [illegible] Herabminderung [illegible] ustigen internatio- [illegible] insbesondere zu dem uns benachbarten Rußland und den Vereinigten Staaten von Amerika in sich schließe. Denn eine Politik des Friedens und der Verständigung, wie wir sie uns zur Aufgabe machen, kann nur eine gleichmäßige nach allen Seiten sein.

Die innere Lage Deutschlands

in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zeigt die Tatsache, daß der Weltkrieg mit allen seinen schlimmen Folgen eine tiefgreifende soziale Umschichtung in unserem Volke geschaffen hat. Die Zahl der Unselbständigen und Besitzlosen hat sich vermehrt. Alle wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung müssen von dem Streben zeugen, nach aller Möglichkeit die

ungeheure Zahl der Arbeitslosen

zu verringern und die Lage dieser Unglücklichen zu verbessern. Wie schon der Herr Reichspräsident in seinem an mich gerichteten Brief vom 20. Januar ausgeführt hat, wird es die neue Reichsregierung als ihre besondere Pflicht ansehen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren. Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ohne eine wohlorganisierte und tatkräftige Arbeitsvermittlung nicht denkbar. Insbesondere wird darauf hinzuwirken sein, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeitsnachweise gestärkt und ihr Wirkungsgrad erhöht wird. Hoher Wert wird auch in Zukunft — namentlich im bevorstehenden Frühjahr — auf die vermehrte Vermittlung städtischer, vor allem jugendlicher Erwerbslöser in ländliche Arbeitsstellen zu legen sein. — Als besonders wirksames Mittel, brachliegende Volkskraft nutzbringend zu verwenden, wird die Reichsregierung das landwirtschaftliche Siedlungswerk in den dünnbevölkerten Gebieten nachhaltig fördern. Eine befriedigende, dauernde Lösung der dadurch aufgeworfenen Unterstützungsfrage ist nur möglich, wenn baldigst an die Stelle der Fürsorge die

gesetzliche Arbeitslosenversicherung

tritt. Die Regierung legt daher entscheidenden Wert darauf, daß der dem Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung aus Gründen des Etats des Reiches, der Länder und Gemeinden möglichst vor dem 1. April verabschiedet wird. Wie auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, so soll auch für das ganze Arbeitsrecht der große Gedanke der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ihres paritätischen Zusammenwirkens in Betrieb und Beruf in gleicher Weise wie bisher bestimmend bleiben und immer mehr zur praktischen Auswirkung gebracht werden. Der nächste Schritt wird die Schaffung einer umfassenden Arbeitsschutzgesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Dazu soll — ausgehend von den deutschen Verhältnissen — die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen geregelt werden. Auf Grund einer solchen Gesetzgebung ist die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei entsprechendem Vorgehen der westeuropäischen Industrieländer bereit.

Den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen

gilt die besondere Sorge der Reichsregierung; Härten, die sich aus der gegenwärtigen Gesetzgebung ergeben, sollen nach Möglichkeit beseitigt werden. Bei der Mannigfaltigkeit der Lebensumstände können Versicherung und Versorgung allein nicht alle Notstände beseitigen, sie bedürfen der Ergänzung durch die Wohlfahrtspflege. Auf diesem Gebiet wird die Reichsregierung den bisherigen Weg zielbewußt weitergehen. — Noch lastet

die Wohnungsnot

mit all ihren schädlichen Folgen auf unserem Volke. Ihre Bekämpfung durch Förderung des Wohnungsbaues wird nachdrücklichst betrieben werden, so daß der schlimmste Notstand in einigen Jahren behoben sein wird. Dem Fortschreiten des Wohnungsbaues muß der

Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

schrittweise folgen, damit in absehbarer Zeit normale Verhältnisse im Wohnungs- und Bauwesen herbeigeführt werden.

Der Kanzler verbreitet sich weiter über die Übel der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot und sieht ihre Hauptursachen in den Nachwirkungen des Krieges. Diese Notlage durch die Entwicklung aller deutschen Produktivkräfte nach außen und nach innen zu überwinden, betrachtet die Reichsregierung als eine ihrer Hauptaufgaben. Sie wird deshalb durch den

Ausbau unseres Handelsvertragswerks

und durch Exportförderung den Absatz unserer Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu erweitern tatkräftig bemüht sein. Alle Maßnahmen, die bestimmt und geeignet sind, wirtschaftsfeindliche Schranken zu beseitigen, wird sie bereitwillig unterstützen. Sie wird sich an der Weltwirtschaftskonferenz durch tätige Mitarbeit beteiligen.

Die Pflege der Landwirtschaft

wird sich die Reichsregierung ganz besonders angelegen sein lassen. Es wird darauf Bedacht genommen werden müssen, daß die schwebenden Schulden der Landwirtschaft in langfristigen Realkredit zu tragbaren Bedingungen übergeführt werden und daß ein Sinken des allgemeinen Zinsfußes auch den landwirtschaftlichen Schuldnern zugute kommt. Nur durch Sicherung des Ertrages der landwirtschaftlichen Arbeit wird es gelingen, eine gesundere Bevölkerungsverteilung anzubahnen, das Abströmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte aufzuhalten und deren Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Erhaltung einer möglichst großen Anzahl leistungsfähiger Eigenbetriebe in Handwerk, Handel und Gewerbe hält die Reichsregierung für eine volkswirtschaftliche, soziale und staatspolitische Notwendigkeit.

Zur Förderung des Handwerks

soll u. a. der Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung dienen, die wichtige handwerkliche Fragen neu regeln wird. Die monopolistische Ausbeutung des deutschen Marktes muß verhindert und dafür gesorgt werden, daß die Ergebnisse der wirtschaftlich fortgeschrittenen Organisationsformen und der sich entwickelnden Rationalisierung allen Teilen der Bevölkerung zugute kommen. Die Reichsregierung wird sich nach Kräften für die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung einsetzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219270205-19/fragment/page=0005